

1014 Postulat (Grüne Köniz) "Zonen für Freiflächenanlagen für die Solarstromproduktion

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Rahmen der Ortsplanungsrevision zu prüfen, ob er Zonen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Anlagen ausserhalb von Bauzonen) definieren will. Folgende Fragen sollen geprüft werden:

- Will der Gemeinderat spezielle Zonen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen definieren?
- Wenn ja, wo und nach welchen Kriterien sollen diese Zonen definiert werden?
- Soll es Zonen geben, wo solche Anlagen, erwünscht sind, toleriert oder verboten werden?

Begründung

Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) sollten in erster Priorität auf Gebäuden gebaut werden. Das Potential auf den Dächern von Köniz ist gross: alleine auf den gut ausgerichteten (SW-SE) oder flachen Dächern liesse sich rund 30% des Strombedarfs decken.

Der Bau solcher Anlagen wird sich aber über viele Jahrzehnte hinziehen. Wenn die Energieproduktion innerhalb von nützlicher Frist (20 Jahre) auf *nachhaltige* Weise erfolgen soll, sind dazu auch Freiflächenanlagen notwendig (also auch ausserhalb der Bauzonen). Diese können schneller und kostengünstiger gebaut werden als Anlagen auf Gebäuden. Wenn die Hälfte des Solarstrompotentials auf Gebäuden gedeckt werden könnte, würden nur ca. 1% der Landfläche von Köniz notwendig sein, um den Solarstromanteil in Köniz auf 30% anzuheben. Der Flächenverbrauch von solchen Anlagen ist somit klein und die Nahrungsmittelkonkurrenz vernachlässigbar.

Freiflächenanlagen ermöglichen Landwirten ein zusätzliches Erwerbseinkommen und stützen damit die Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich. Der Bau solcher Anlagen schafft zudem lokale Arbeitsplätze.

Auf der gleichen Flächen produzieren Solarstromanlagen rund 30 – 100 Mal mehr Energie als wenn diese für den Anbau von Biokraftstoffen (z.B. Raps) genutzt würden. Die Fläche kann nach Betriebsende (rund 30 Jahre) wieder renaturiert und wieder z.B. für Ackerbau verwendet werden. Die Fläche der Anlage kann zudem weiterhin extensiv genutzt werden (z.B. als Schafweide) (Bem: die Solarmodule bedecken effektiv nur 50 % der Fläche).

Die Diskussion um die PV-Freiflächenanlagen wird im Laufe der nächsten 10 Jahre auch die Schweiz erreichen. Mit sinkenden Anlagepreisen und der kosten deckenden Einspeiseverordnung (kev) werden solche Anlagen in Zukunft immer attraktiver.

In Deutschland (vor allem Bayern) findet bereits heute eine grosse Diskussion über solche Freiflächenanlagen statt. Eine der wichtigsten Lehren aus der Diskussion ist, dass es wichtig ist, dass sich die Gemeinden möglichst frühzeitig Gedanken darüber machen, wo und wie solche Anlagen auf ihrem Gebiet gebaut werden könnten .

Obwohl die Nachfrage nach solchen Zonen in der Schweiz mit den niedrigen Anteilen für Solarenergie (und dem „Deckel“ in der kev) noch klein ist, macht die Festlegung in Köniz Sinn, da zur Zeit der Richtplan Energie neu erstellt wird und dieser für einige Jahre Gültigkeit haben sollte. Köniz würde mit der raumplanerischen Definition von Zonen für PV-Freiflächenanlage Neuland in der Schweiz betreten. Es wäre ein gutes und wichtiges Zeichen für eine nachhaltige Energiezukunft.

Eingereicht

28.06.2010

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

Jan Remund, Hansueli Pestalozzi, Ursula Wyss, Liz Fischli-Giesser, Laavanja Sinnadurai, Anna Mäder, Stephie Staub-Muheim, Christian Roth, Christoph Salzmann, Ruedi Lüthi, Urs Maibach, Hugo Staub, Rolf Zwahlen, Barbara Thür, Franziska Keller, Mario Fedeli, Erica Kobel-Itten, Patrik Locher, Bernhard Bichsel, Mark Stucki, Ignaz Caminada, Andreas Lanz, Philippe Guéra, Thomas Frey

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat wird mit dem Postulat "aufgefordert, im Rahmen der Ortsplanung zu prüfen, ob er Zonen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Anlagen ausserhalb von Bauzonen) definieren will". Der Gemeinderat teilt grundsätzlich die dem Postulat zu Grunde liegende Einschätzung und Begründung - insbesondere im Bezug auf die längerfristigen Perspektiven. Auf die konkret zu prüfenden Fragen ergeben sich folgende Überlegungen und Antworten:

Zu Frage 1:

Will der Gemeinderat spezielle Zonen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) definieren?

Der in obiger und den weiteren Fragen des Postulates verwendete Begriff "Zone" wird nachstehend im planungsrechtlichen Sinne verstanden (als eine im Nutzungsplan und damit grundeigentümerverbindlich festgelegte, genau lokalisierte und abgegrenzte Fläche für eine bestimmte Art und ein bestimmtes Mass der Nutzung). Aus heutiger Sicht lassen sich für die Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Beilage: Abbildungen 1 und 2) in etwa folgende Vor- und Nachteile zusammenfassen:

Pro	Kontra
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von erneuerbaren Energien / Ökostrom für die Gemeinde • Können optimal ausgerichtet werden --> gutes Betriebsergebnis • Zweites Standbein für Landwirte/zusätzliches Erwerbseinkommen • Schaffung von Arbeitsplätzen, lokale Wertschöpfung • Leichter zu warten als Dach- und Fassadenanlagen • können schneller und einfacher gebaut werden als Anlagen auf Gebäuden • Bodenfläche kann nach der Nutzung wieder rekultiviert werden • Bodenfläche kann auch mit der Anlage weiterhin extensiv genutzt werden (z.B. Schafweide) • Es sind grössere Anlagen möglich als auf Dächern 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung Fruchtfolgeflächen • In Köniz kaum oder keine ungenutzten/brachliegenden Flächen • Hohe Bodenpreise • braucht für die Anlage möglicherweise eine <u>Bauzone</u> (soweit die Gesetzgebung absehbar ist) • KEV-Tarife sind für PV-FFA nicht vorteilhaft • Gebäudeflächen bieten für die nächsten Jahrzehnte genug Potenzial für den Ausbau der Photovoltaik • Noch wenig Erfahrungen mit PV-FFA (Unterhalt, Auswirkungen auf Flora, Fauna und Boden etc.) • Veränderung des Landschaftsbildes und der Landnutzung • Nachfrage ist bis jetzt nicht da

Die im Auftrag der Fachstelle Energie im September 2010 abgeschlossene "Potenzialanalyse für Solarenergie auf gemeindeeigenen Gebäuden" zeigt, dass auf den Könizer Dächern ein grosses Potential besteht. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass zunächst dieses genutzt werden soll. Nachdem z.B. jüngst auf dem "Areal Blum" in Niederscherli bereits eine entsprechende Anlage erfolgreich in Betrieb genommen wurde, will die Fachstelle weitere Gewerbebe-

triebe motivieren ihre Dächer für die Nutzung von Solarenergie bereit zu stellen. Wie's aussieht ist damit zu rechnen, dass die ausgedehnten (Flach-) Dachlandschaften sukzessive umgerüstet werden (Beilage: Abbildung 3). Für bereits versiegelte Flächen könnten im Übrigen auch "Solarwings" (Beilage: Abbildung 4) eventuell eine Alternative zu Freiflächenanlagen darstellen.

Konkret auf die Frage 1 bezogen ist es raumplanerisch gesehen so, dass für die Realisierung von Freiflächenanlagen zunächst entsprechende Bauzonen rechtsverbindlich ausgeschieden werden müssten und zwar (wie für Bauzonen üblich) genau lokalisiert und abgegrenzt ("parzellenscharf"). Bis heute ist der Planungsbehörde jedoch noch keine Anfrage für Photovoltaik-Freiflächenanlagen gestellt worden - weder von Seiten der Landwirte / Grundeigentümer noch von anderer Seite (z.B. von Stromproduzenten und/oder Energielieferanten wie BKW, ewb). Auch der Energiefachstelle Inforama Rüti Zollikofen ist keine Nachfrage bekannt. Dies mag vor allem daher rühren, dass es sich für die Landwirte (noch) nicht lohnt - zumal die Einspeisevergütung ins Netz von Anlagen ab Boden tiefer ist als vom Dach.

Was die effektive Nutzungsplanung betrifft erachtet es der Gemeinderat unter den oben skizzierten Gegebenheiten

- einerseits als zu aufwändig und zu unergiebig eine Umfrage zu lancieren um wirklich bauwillige Grundeigentümer / Landwirte zu eruieren
- andererseits als nicht opportun quasi "auf Vorrat" geeignete Flächen bereits grundeigentümerverschrieben und Parzellenscharf festzulegen.

Nun, die Verhältnisse können sich jedoch durchaus ändern, sowohl nachfrage- wie auch angebotsseitig.

Zu Frage 2:

*Wenn ja, wo und nach welchen Kriterien sollen diese Zonen definiert werden?
in Verbindung mit*

Frage 3:

Soll es Zonen geben, wo solche Anlagen, erwünscht sind, toleriert oder verboten werden?

Auf absehbare Zeit eignet sich zur Erfüllung des Anliegens die Ebene der grundeigentümerverschriebenen Nutzungsplanung zu wenig. Als geeigneteres Planungsinstrument für einen ersten Schritt Richtung "Ermöglichung" anbietet sich vielmehr die im Entwurf vorliegende Richtplanung. Diese bezweckt die Darstellung eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklung von Köniz in den nächsten 20 Jahren. Die Richtplanung setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: Dazu gehört eine Ebene mit übergeordneten Zielen und Strategien. Weiter gibt es einen Raumentwicklungsplan mit räumlichen Festlegungen und generellen Handlungsanweisungen in Form von Raumentwicklungstexten. Ergänzend werden in Massnahmenblättern konkrete Umsetzungsanweisungen beschrieben. Neu ist zudem die Erarbeitung eines Richtplanes Energie für das ganze Gemeindegebiet. Insofern ist der Gemeinderat bereit das Thema Freiflächenanlagen für die Solarstromproduktion im Richtplan Raumentwicklung Gesamtgemeinde (RP REGG) und/oder im Richtplan Energie aufzugreifen - respektive bis spätestens zu der zu beschliessenden Fassung nachzutragen (voraussichtlich in Form eines Massnahmenblattes). Im Vordergrund steht für die Planungsbehörde dabei jedoch nicht eine konkrete Lokalisierung von dafür geeigneten Arealen im Sinne einer "Positivplanung", sondern die Festsetzung eines Kriterienrasters für den Einzelfall. Der Gemeinderat beabsichtigt die Angabe von generellen Standortanforderungen in etwa der nachstehenden Art:

**Ansatz zu Standortkriterien
für die Potenzialermittlung / Prüfung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA)**

- Die Orientierung des Geländes bzw. die Aufstellung der Panels muss von Südwest bis Südost ausgerichtet sein.
- Generell: Elemente zur Verträglichkeit mit Ort- und Landschaftsbild
- Speziell: Schutzgebiete für die Natur- oder Landschaft kommen als Aufstellungsorte nicht in Frage.
- Kein bis wenig Horizontalschatten durch das Gelände auf den Aufstellungsort, d.h. genügende Distanz von Hügeln, Wäldern etc.
- Das Gelände kann flach aber auch ansteigend sein, vorausgesetzt die Orientierung stimmt
- Die PV-Anlage sollte in der Nähe der Verbraucher bzw. in der Nähe eines Einspeisepunktes sein (Trafo). Grundsätzlich je näher umso besser.
- Das Elektrizitätsnetz muss über die entsprechende Leistungsreserve verfügen, um den Strom der PV-Anlage aufnehmen zu können.
- Der Aufstellungsort muss für die Montage und den Unterhalt der Anlage über eine Zufahrt verfügen.
- Die Anlage sollte für eine minimale Leistung von 100 kWh ausgelegt sein. Für eine Freiflächenanlage resultiert eine minimale Arealgrösse von 2'000m². (Anmerkung: Je grösser die Anlage umso günstiger sind die Stromgestehungskosten).
- evtl. a.m.

Damit kann erreicht werden, dass bei allfälligen Grundeigentümeranfragen eine "Handhabe" vorliegt und damit die Anfragen nach einem festgelegten Kriterienraster und damit in einheitlicher Art geprüft werden können. Ergibt sich dabei für die generell und situativ entscheidenden Kriterien eine positive Beurteilung - kann in der Folge gezielt das Umzonungsverfahren von der Landwirtschaftszone in eine für PV-Anlagen geeignete Bauzone erfolgen. Die Vorteile aus der skizzierten Vorgehensweise sind, dass der Richtplan zwar generell "vorspart" aber doch nachfrage- und situationsspezifisch vorgegangen werden kann. Demgegenüber bestehen die Nachteile darin, dass nicht a priori verbindlich klar ist wo überall (in der heutigen Landwirtschaftszone) PV-Anlagen zulässig sind. Also nicht einfach "bloss" ein Baugesuch einzureichen ist - sondern zunächst eine Umzonung durchgeführt werden muss. Bezogen auf die oben angegebene Arealgrösse und nach der zur Zeit geltenden Praxis wahrscheinlich mittels einer Vorlage an die Stimmberechtigten und entsprechenden Verfahrensunsicherheiten.

Sollte dereinst die Anzahl der Vorhaben zunehmen und eine verstärkte Steuerung und Koordination notwendig machen, kann der Gemeinderat jederzeit eine flächendeckende Spezialplanung auslösen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

Das Postulat wird erheblich erklärt.
Das Postulat wird abgeschrieben

Köniz, 27. Oktober 2010

Der Gemeinderat

Beilage: Illustrationen 1-4 von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA)



Abbildung 1: Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Deutschland



Abbildung 2: Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Deutschland



Abbildung 3: Photovoltaik-Anlage auf einem Gewerbedach



Abbildung 4: "Solarwings" auf dem Gelände der Flumroc AG, Flums.